

NATIONALRAT
Sommersession 2021

Fragestunde vom 14. Juni 2021

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Finanzdepartement

21.7529 Amaudruz. Frontex: eine teure, aber wenig effiziente Agentur. Wie viel kostet das?

Der Europäische Rechnungshof hat erklärt, dass die Frontex ihren Auftrag zurzeit nicht wirksam erfüllt. "Das gibt vor allem deshalb Anlass zur Sorge, weil Frontex nun auch noch zusätzliche Aufgaben erhält." Die Zahl der Einsatzkräfte soll mit einem jährlichen Budget von rund 900 Millionen Euro massiv erhöht werden. Die Frontex erfüllt also ihr Mandat nicht, aber die Schweiz muss ihren Beitrag erhöhen.
Auf welchen Betrag beläuft sich unsere Beteiligung für die nächsten Jahre?

21.7536 Amaudruz. Frontex: Bericht des Europäischen Rechnungshofs

In seinem Bericht zur Frontex schreibt der Europäische Rechnungshof: "Die exponentielle Erhöhung der bereitgestellten Ressourcen wurde vereinbart, ohne zuvor den Bedarf zu ermitteln oder die Folgen auf die Mitgliedstaaten abzuschätzen und die Tätigkeiten von Frontex seit 2015 zu bewerten."
Muss man daraus schliessen, dass die Schweiz regelmässig ihren Beitrag ausgerichtet hat, ohne zu wissen, ob die Agentur ihr Mandat zureichend erfüllt?

21.7537 Amaudruz. Frontex: Bericht des Europäischen Rechnungshofs. Folgen für die Schweiz

Der Europäische Rechnungshof hat vor Kurzem einen harschen Bericht zur Frontex veröffentlicht. Darin stellt er zusammengefasst fest, dass die Agentur ihren Auftrag nicht zureichend erfüllt. Als Schengen-assoziiertes Land ist auch die Schweiz davon betroffen.

- Teilt der Bundesrat die Schlussfolgerungen des Rechnungshofs?
- Was gedenkt er, hinsichtlich dieser Kritik zu unternehmen?
- Müsste die immer höhere finanzielle Beteiligung nicht infolge dieses Sonderberichts überprüft werden?

21.7538 Amaudruz. Frontex: Bericht des Europäischen Rechnungshofs. Verabschiedung ohne Prüfung?

Der Europäische Rechnungshof stellt fest, dass sein Bericht "zur rechten Zeit" erscheint, da "die letzte externe Bewertung der Agentur im Juli 2015 veröffentlicht wurde und die Verordnung (EU) 2019/1896 ohne Folgenabschätzung angenommen wurde". Im Bundesbeschluss vom 26. August 2020 beantragt der Bundesrat die Übernahme dieser Verordnung.
Muss man das so verstehen, dass die Schweiz bereit ist, einen Text zu verabschieden, dessen Folgen nicht abgeschätzt wurden?

21.7552 Flach. Baukultur an der Park Avenue, NYC

Der Architekturwettbewerb ist der Garant für eine hochstehende Baukultur, wird seit der Antike angewendet und hat in der Schweiz seit spätestens 1877 mit dem Erscheinen des "Reglements für öffentliche Concurrenzen" des schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins Tradition. Als lösungsorientiertes Beschaffungsverfahren fördert er Innovation und Nachhaltigkeit. Der Gesetzgeber hat dessen Vorzüge mit der Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen, welche am 1. Januar 2021 in Kraft getreten ist, erneut bekräftigt. Nun möchte die Schweiz in New York an der Park Avenue bauen. Gemäss Ausschreibungstext zeigt die bestehende Baute "erheblichen Unterhaltbedarf". Eine "Totalsanierung mit einer räumlichen Optimierung" soll erfolgen. Dieses höchst prestigeträchtige Vorhaben mit Symbolkraft ist jedoch nicht als Wettbewerb ausgeschrieben. Anhand von Referenzen und einer Offerte sollen passende Planer eruiert werden, die sich verantwortlich zeigen werden für die Gestaltung der Adresse der Schweiz in der wichtigsten Wirtschaftsmetropole der Welt. Die gewählte Beschaffungsform "Leistungsangebote" eignet sich gemäss dem "Leitfaden zur Durchführung von Wettbewerbs- und Studienauftragsverfahren (mit Hinweisen zum "Planerwahlverfahren" (Leistungsangeboten))" lediglich bei "Aufgabenstellungen mit minimalem Projektierungs- und Gestaltungsspielraum". Dies ist gemäss publiziertem Aufgabenbeschrieb hier eindeutig nichtzutreffend. Somit stellt sich die Frage an den Bundesrat, wie es sein kann, dass an diesem Vorzeigebauwerk einer hohen Baukultur keine Rechnung getragen wird.

21.7555 Marti Samira. G-7 fordern einen globalen Mindeststeuersatz: Was macht die Schweiz?

Die am Samstag, 5. Juni 2021 veröffentlichte Absichtserklärung der Finanzminister der G-7-Länder bestärkt die internationalen Bemühungen um einen globalen Mindeststeuersatz. Er soll sicherstellen, dass multinationale Unternehmen wenigstens 15 Prozent Steuern auf ihre Gewinne zahlen. Welche Position wird die Schweiz am Finanzministertreffen der G-20 Anfang Juli in dieser Sache vertreten und inwiefern ist diese im Bundesrat und allenfalls weiteren Gremien abgestützt?

21.7620 Rytz Regula. Einbezug der Kantone und Städte in die Arbeiten rund um die OECD-Steuerreform?

Die G7-Finanzminister haben sich auf ein Grundgerüst für eine globale Steuerreform geeinigt. Obwohl viele technische und politische Parameter noch nicht definiert sind, drängen die G20 und die OECD auf eine Einigung bis Mitte 2021.

- Wie beurteilt der Bundesrat die Auswirkungen des Projektes?
- Wie sieht der detaillierte Fahrplan für eine mögliche Umsetzung in der Schweiz aus?
- Wie werden Kantone, Städte und Gemeinden in allfällige Umsetzungsarbeiten miteinbezogen?

21.7621 Arslan. Frontex und Schweizer Massnahmen

In einer Pressemitteilung vom 02. März 2021 schreibt die Eidgenössische Zollverwaltung, dass die Schweiz die Vorwürfe an Frontex ernst nehme. Welche Massnahmen hat die Schweiz in dieser Hinsicht ergriffen und inwiefern dienen diese dazu, die Vorwürfe aufzuklären?

21.7623 Arslan. Schweizer Vertretung im Verwaltungsrat von Frontex und vom Grundrechtsgremium

- Welche Berichte erhält der Bundesrat von der Schweizer Vertretung im Verwaltungsrat von Frontex und vom Grundrechtsgremium? Letzteres Gremium scheint nur mit Verzögerung in Kraft zu treten.
- Hat der Bundesrat Kenntnis über die Gründe für diese Verzögerung und was unternimmt er dagegen?

Justiz- und Polizeidepartement

21.7502 Prezioso. Abstimmung über das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT): Das fedpol hält sich nicht an die Zurückhaltungspflicht

Auf der Homepage des fedpol werden die Besucherinnen und Besucher klar dazu aufgerufen, das am 13. Juni 2021 zur Abstimmung kommende Bundesgesetz PMT anzunehmen: "Für den Umgang mit terroristischen Gefährderinnen und Gefährdern benötigt die Polizei zusätzliche Instrumente. Ziel der im neuen Bundesgesetz vorgesehenen polizeilichen Massnahmen ist es, die Bevölkerung vor terroristischen Gefährdern zu schützen".

Während es üblich ist, dass die Exekutive zu den Abstimmungen Stellung nimmt, sollte sich die Bundesverwaltung während den Kampagnen nicht an die Pflicht, Zurückhaltung und Neutralität zu wahren, halten?

21.7503 Prezioso. Bundespolizei und Meinungsäusserungsfreiheit

Die Bundespolizei hat bei drei Aktivisten Hausdurchsuchungen durchgeführt, nachdem die SVP wegen einem Aufruf zum Militärstreik bei der Bundesanwaltschaft Strafanzeige eingereicht hat. Bei ihrer Festnahme wurden die Rechte der Aktivisten verletzt.

- Handelt es sich bei einer politischen Meinungsäusserung über die Armee um ein Vergehen?
- Werden wieder Daten über Aktivistinnen und Aktivisten gesammelt?
- Duldet es der Bundesrat, dass das fedpol rein politisch motivierte Festnahmen vornimmt?
- Wird er eine Untersuchung dieses Vorfalls eröffnen?
- Werden die beteiligten Polizistinnen und Polizisten suspendiert?

21.7535 Python. Hausdurchsuchung bei drei Klimaaktivisten im Kanton Waadt zur Zeit des Klimanotstands: Ist das verhältnismässig?

Stürmen der Wohnung, Hausdurchsuchung, Beschlagnahme von Computer und Mobiltelefon, Mobilisierung der Ordnungskräfte: All das ein Jahr nachdem junge Waadtländer und Genfer Klimaaktivisten zum Boykott der Armee aufgerufen haben, um "eine neue Generation der Dienstverweigerer aus Gründen des Klimaschutzes zu formen".

- Findet der Bundesrat dieses Verfahren verhältnismässig?
- Wie rechtfertigt das Fedpol den Einsatz solcher Mittel?
- Wie sieht er die Sachlage?

21.7588 Dandrès. Strafrechtliche Verfolgung von drei Klimaaktivisten (Frage 1)

In seiner Antwort auf die Frage 21.7477 weist der Bundesrat seine Verantwortung in Bezug auf den Umgang mit den drei Klimaaktivisten zurück. Das wirft berechnigte Fragen auf. Wer andere zur Verletzung des Militärdienstes anstiftet oder verleitet, begeht eine politische Straftat. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) muss die Ermächtigung zur Strafverfolgung erteilen.

Warum kam das EJPD in diesem Fall erst mehrere Monate nach dem Ereignis zum Schluss, die Aktion der Aktivisten erfordere eine strafrechtliche Verfolgung? Fürchtete es, die Aktion könne tatsächlich die Landesverteidigung gefährden?

21.7589 Dandrès. Strafrechtliche Verfolgung von drei Klimaaktivisten (Frage 2)

Bezugnehmend auf die Frage 21.7477 des Bundesrates: In der politischen Debatte kommen Handlungsvorschläge und Forderungen auf, deren Grundlage und Zweckmässigkeit diskutiert werden können. Die Tatsache, dass diese möglicherweise eine Diskussion auslösen, muss nicht automatisch zu strafrechtlichen Massnahmen führen, wie dies bei den drei Klimaaktivisten der Fall ist.

Wo zieht der Bundesrat die rote Linie, die dann strafrechtliche Massnahmen rechtfertigt?

21.7513 Brenzikofer. Gewalt in Asylzentren: Welche Massnahmen verhindern solche Vorfälle künftig?

Seit längerem gibt es Vorwürfe, dass Sicherheitsleute unverhältnismässige Gewalt gegen Asylsuchende ausüben. Das SEM untersucht nun die Gewaltvorwürfe in den Bundesasylzentren. 14 Sicherheitsleute wurden bereits suspendiert.

- Wie will der Bundesrat künftig solche Vorfälle verhindern und die Sicherheit in BAZ erhöhen?

- Ist er bereit, eine unabhängige Beschwerdestelle für Asylsuchende zu schaffen, wie sie im Postulat 20.3776 gefordert wird?

21.7520 Aeschi Thomas. Stellungnahme des Bundesrates zur Forderung des Swisscom CEO Urs Schätti für mehr Zuwanderung

Im Interview mit CH Media vom 5. Juni 2021 sagt Urs Schätti, dass die Swisscom wegen der "knappen Kontingente für Drittstaaten zu wenig Spezialisten in die Schweiz bringen könne".

- Ist der Bundesrat der Meinung, dass trotz Personenfreizügigkeit mit den 450 Millionen EU-Einwohnern zu wenig IT- & Digitalisierungs-Spezialisten verfügbar sind?

- Ist er zur Kündigung der Personenfreizügigkeit bereit, um im Gegenzug Art. 121a BV umzusetzen (Einführung von globalen Kontingenten und Höchstzahlen)?

21.7527 Bellaïche. Äquivalenzanerkennung des revDSG durch die EU

Wie wirkt sich der Verhandlungsabbruch mit der EU auf die längst überfällige Äquivalenzanerkennung des revidierten Datenschutzgesetzes aus, und was gedenkt der Bundesrat zu unternehmen, um diese Äquivalenzanerkennung herbeizuführen?

21.7548 Steinemann. Lehrabschlüsse der Asylpersonen und Flüchtlinge

Der Bund registriert bei Ausländern die Lehrverträge im Zemis. Immer wieder ist die tiefe Quote der Asylpersonen auf dem Lehrlingsmarkt mediales Thema. Wie viele von wie vielen Asylpersonen und Flüchtlingen haben einen Lehrvertrag, absolvieren eine Integrationslehre oder ähnliches?

21.7549 Steinemann. Bekannte Identitäten der Asylpersonen

Der Bundesrat hat Ende 2016 bekannt gegeben, dass 73 Prozent der Asylgesuche, die von Januar 2010 bis August 2016 gestellt worden sind, die Gesuchsteller keine Reisepapiere oder Identitätsausweise abgegeben haben. In diesem Zeitraum wurde 16 Prozent der Asylsuchenden ohne Identitätspapiere Asyl gewährt und 17 Prozent eine vorläufige Aufnahme. Wie lauten die Zahlen seit 2017 bis heute?

21.7550 Steinemann. Gesetzesverstösse der Stadt Zürich bei verdeckter Sozialhilfeausschüttung an illegal Anwesende

Zürich unterstützt seit längerem Beratungsstellen für sans papiers. Neu plant sie, einen pauschalen Geldbetrag zu überweisen, den deren Mitarbeiter an die Illegale ausrichten: Welche Regeln bricht hier der Staat nebst der Ausländergesetzgebung, insbesondere hinsichtlich

- Rechtsgleichheit mit legal Anwesenden;
- Transparenz der Verwendung der Steuermittel;
- Rechnungslegungspflichten?

21.7557 Birrer-Heimo. Schriftliche Kündigungen ausschliessen - ist das zulässig?

Das Obligationenrecht macht keine Vorgaben zur Form der Kündigung von Konsumentenverträgen. Aktuell häufen sich Beschwerden über Anbieter - zur Zeit insbesondere UPC Sunrise - die diese Freiheit unverhältnismässig zu ihren Gunsten ausnutzen. Kundinnen und Kunden können Abonnementsverträge nur noch mündlich oder per Chat kündigen. Ist es aus rechtlicher Sicht zulässig, wenn Anbieter die schriftliche Form der Kündigung von Konsumentenverträgen per Brief oder Mail kategorisch ausschliessen?

21.7561 Porchet. Massnahmen gegen Gewaltanwendung: Was geschieht in Sachen Prävention?

Letztthin war zu erfahren, dass es in fast drei Vierteln aller Fälle Frauen sind, die Opferhilfestellen aufsuchen. Der Bundesrat hat Ende April eine Roadmap gegen häusliche Gewalt lanciert, die in der Frage der Prävention aber äusserst bescheiden bleibt und sie mit der Information der Opfer vermischt. Prävention gegen männliche Gewalt bedeutet aber eine lebenslange Erziehung zur Gleichstellung. Was will der Bundesrat in dieser Hinsicht unternehmen?

21.7568 Prezioso. Kampf gegen die Immigration und Menschenrechte: Was hat Priorität?

Während Griechenland mit europäischen Hilfgeldern Mauern rund um Flüchtlingscamps baut und plant, die Flüchtlinge dort den ganzen Sommer einzusperren (RTS 01.06.2021), hat sich Bundesrätin Karin Keller-Sutter in einem Brief an die EU beklagt, dass Griechenland die Flüchtlinge nicht von der Ausreise abhält (Luzerner Zeitung, 08.06.2021).

- Hat die Schweiz den Bau dieser Mauern verurteilt?
- Wann und gegenüber wem?
- Findet der Bundesrat, im Gegensatz zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, dass Griechenland Migrantinnen und Migranten unter guten Bedingungen aufnehmen kann?

21.7569 Wobmann. Nachfrage zur Antwort von 21.7485, Ungenaue Radargeräte

Wo waren die Radargeräte Leivtec XV3 im Einsatz und wie viele Fahrzeuge wurden von diesen geblitzt?

21.7581 Molina. Menschenrechtsverletzungen in Asylunterkünften auf griechischen Inseln

Gemäss Schätzungen sind derzeit 34 000 Geflüchtete auf griechischen Inseln, ein Drittel davon Kinder. Täglich werden dort Menschenrechtsverletzungen dokumentiert.

- Weshalb spricht sich der Bundesrat nicht für eine Evakuierung der Camps aus?
- Gedenkt er, nebst unbegleiteten Minderjährigen, mehr Menschen aus Griechenland aufzunehmen?
- Hat der Bundesrat die griechischen Behörden und Frontex für die Menschenrechtsverletzungen gerügt?
- Wie beurteilt er die Umsetzung der Motion SPK-N 20.3143?

21.7587 Cattaneo. Mafia in der Schweiz: ein besorgniserregendes Phänomen?

Im Dezember 2019 teilte das Fedpol mit, dass die Schweiz mit der Mafia ein echtes Problem habe. Am Observatorium für organisierte Kriminalität der Universität der italienischen Schweiz (USI) betonte die Direktorin des Fedpol Nicoletta della Valle, dass die Justiz und die Polizei in der Schweiz nicht über einen genügend grossen Handlungsspielraum verfügten, um dieses Phänomen zu bekämpfen.

- Wie schätzt der Bundesrat diese Bedrohung ein?
- Welche Strategie verfolgt er? <https://epaper-nzz-ch.parl.net-bib.ch/read/6/6/2021-05-20/10?signature=adabf58b08734ea>

21.7596 Walder. Vorübergehende Aussetzung des Patentschutzes im TRIPS-Abkommen für Impfstoffe und Medizinprodukte gegen Covid-19

Die Regierung Biden unterstützt den Antrag Indiens und Südafrikas, den Patentschutz im TRIPS-Abkommen für Covid-19-Impfstoffe auszusetzen, um deren Produktion zu erleichtern und den Preis zu senken.

- Unterstützt der Bundesrat diesen Antrag?
- Wenn nicht, wie stellt er sich einen schnellen Zugang zu einer Impfung vor von Milliarden Menschen, die bisher keine Möglichkeit dafür haben?
- Ist der Bundesrat der Meinung, dass die horrenden Gewinne, die die Pharmaunternehmen dank der Pandemie verzeichnen, zumindest teilweise dem weltweiten Zugang zu den Impfstoffen dienen sollten?

21.7618 Dandrès. Impfstoffe und geistiges Eigentum (Frage 1)

Im Kampf gegen Covid-19 sind 100 Milliarden Euros an öffentlichen Geldern in die Entwicklung von Impfstoffen, Diagnostika und Behandlungsmethoden investiert worden. Zahlreiche Führungspersonlichkeiten und Fachleute haben sich für eine Aufhebung des Patentschutzes ausgesprochen, um den Kampf gegen die Pandemie voranzutreiben. Aber die Schweiz fährt damit fort, die Pharmaindustrie zu schützen, indem sie sich diesem Anliegen widersetzt.

Wie rechtfertigt der Bundesrat dieses Schwimmen gegen den Strom?

21.7597 Walder. Für die Aussetzung der Wegweisung von Asylsuchenden nach Afghanistan

Trotz des schlechten Zustands ihres Staates und dem Vordringen der Taliban-Kräfte, vor denen sie geflohen sind, weist die Schweiz weiterhin afghanische Asylsuchende weg, die hier Schutz suchen. Auch wenn die betroffenen Städte im Moment in den Händen der Regierung sind:

- Wie kann ihre Sicherheit während eines angemessenen Zeitraums sichergestellt werden?
- Sollten nicht alle Wegweisungen ausgesetzt werden, bis die Auswirkungen des vor Kurzem angekündigten vollständigen Rückzugs der US-Streitkräfte aus Afghanistan bekannt sind?

21.7612 Regazzi. Wieso verschleppt der Bund die Einführung von Schweizer Trusts?

Der Bund setzt viel Geld für die Unterstützung der KMU aufgrund der COVID-19-Krise ein. Familienunternehmen machen 80% der KMU aus und eine Kontinuität in der Geschäftsführung ist für den wirtschaftlichen Erfolg entscheidend. Die Errichtung von Schweizer Trusts wäre in diesem Sinne eine geeignete Massnahme.

- Wieso setzt der Bund diese einfache Massnahme nicht um?
- Gedenkt der Bundesrat angesichts der Dringlichkeit die Arbeiten zu priorisieren?
- Wann wird die entsprechende Botschaft vorliegen?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport**21.7579 Kamerzin. Swissint und Mehrsprachigkeit**

Unsere Truppen, die in internationalen Friedensmissionen eingesetzt werden, werden von der UNO sehr geschätzt, nicht zuletzt, weil sie sich englisch- und französischsprachigen Umgebungen anpassen können.

- Sind die Ausbildungen, die für einen militärischen Einsatz zur Friedensförderung erforderlich sind, für Personen aller Amtssprachen zugänglich?
- Liegen die Stellenangebote für Einsätze zur Friedensförderung jederzeit in allen Amtssprachen vor?

21.7604 Fivaz Fabien. Überwachung von Bürgerbewegungen durch den NDB

Bürgerbewegungen wie Frauenstreik und Klimastreik gehen davon aus, dass sie vom Nachrichtendienst des Bundes genau überwacht werden.

- Bestätigt der Bundesrat eine solche Überwachung?
- Wie oft waren diese Bewegungen 2019 und 2020 Ziel einer Überwachung?
- Wie begründet der Bundesrat diese Überwachung?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation**21.7509 Clivaz Christophe. Kürzere Sicherheitsabstände bei der Ausbringung von Pestiziden per Helikopter**

Das BAFU hat entschieden, für 2021 kürzere Sicherheitsabstände bei der Ausbringung von Pestiziden per Helikopter zu genehmigen. Dieser Entscheid erstaunt, da verschiedene Medienberichte gezeigt haben, dass die bereits existierenden Regulierungen oft nicht eingehalten und ungenügend kontrolliert werden. Aus welchen Gründen verkürzt das BAFU die Sicherheitsabstände bei der Ausbringung von Pestiziden von 30 auf 24 Meter, und wie ist dieser Entscheid mit den Zielen der parlamentarischen Initiative 19.475 vereinbar?

21.7512 Chevalley. Hat das BAFU ein Vetorecht in Bezug auf Windparks ohne Rekursmöglichkeit für die Kantone?

Das Waadtländer Kantonsgericht hat das Projekt für den Windpark Eoljoux abgelehnt, da es im kantonalen Richtplan nicht im Koordinationsstand Festsetzung aufgenommen war. Der Kanton und das BAFU hatten diesbezügliche unterschiedliche Ansichten, über die das Kantonsgericht jedoch nicht entscheiden wollte.

- Wie kann eine Stellungnahme des BAFU im Hinblick darauf, dass sie bei einem Gerichtsurteil entscheidend sein kann, angefochten werden?
- Welche Rechtsmittel bestehen?

21.7515 Aeschi Thomas. Ist der Bundesrat bereit, die UKW-Zwangsabschaltung per 2023 rückgängig zu machen?

In der NZZ vom 3. Juni 2021 sagt die ehemalige UVEK-Vorsteherin Leuthard, die damalige Verantwortliche für den UKW-Einstellungsentscheid, dass "man seinerzeit davon ausgegangen sei, dass UKW ein Auslaufmodell sei." Nachdem andere Länder die UKW-Abschaltung ebenfalls herausgeschoben hätten, "täte die Schweiz gut daran", "auf die Bremse zu treten".

Ist der Bundesrat bereit, die UKW-Abschaltung per 2023 rückgängig zu machen und damit die Konsumenten zu schützen & unnötigen Plastikmüll zu vermeiden?

21.7516 Aeschi Thomas. 5G: Neue Swisscom-Antennenstandortverträge nur mit Klausel, dass Umrüstung von 4G auf 5G zwingend bewilligt werden muss

Gemäss einem Bericht in der Zuger Zeitung vom 29. Mai 2021 wird in allen neuen Swisscom-Verträgen betr. Antennenstandorte festgehalten, dass "eine Umrüstung von 4G auf 5G bewilligt werden muss". Will eine Standortgemeinde die Sicherheit, dass "die Zustimmung der Gemeinde eingeholt wird, bevor die Sendeleistung der Antennenanlage wesentlich erhöht" wird, verweigert die Swisscom schlicht die Unterschrift. Unterstützt der Bundesrat dieses Aushebeln der durch 5G direkt betroffenen Einwohnergemeinden?

21.7517 Aeschi Thomas. 5G: Swisscom droht mit Netzabdeckungsverschlechterung, wenn Einwohnergemeinden nicht zu Knebelverträgen einwilligen

In der Gemeinde Hünenberg (ZG) schaltet die Swisscom zwei Antennenstandorte auf Gemeindegebiet ab, weil sie nicht bereit ist, die von der Gde vorgeschlagenen Mietzinse zu bezahlen. Bei der Suche nach anderen Standorten in der gleichen Gde konnte sich die Swisscom aufgrund divergierender Preisvorstellungen ebenfalls nicht finden. Stützt der Bundesrat die Swisscom-Verhandlungsstrategie, mit einer Netzabdeckungsverschlechterung zu drohen, um so Mietkosten zu sparen und Knebelverträge aufzuzwingen?

21.7518 Aeschi Thomas. 5G: Verzehnfachung der Strahlenbelastung pro Antennenstandort, nur weil die Swisscom nicht bereit ist, marktgerechte Mieten zu bezahlen?

Teilt der Bundesrat die Einschätzung, dass die Strahlung pro Swisscom-Antennenstandort verzehnfacht werden soll, weil die Swisscom die Zahl der Antennenstandorte - und damit die Mietkosten - möglichst tief halten will?

21.7519 Aeschi Thomas. Swisscom: Indirekte Besteuerung der Bevölkerung durch überrissene Abo-Kosten

Die Preise der Swisscom für den Internet-Zugang oder ein Mobile-Abo sind im Vergleich zum Ausland massiv teurer.

- Unterstützt der Bundesrat die Swisscom-Strategie, dass diese im Oligopol mit Sunrise UPC und Salt Oligopolrenten abzuschöpft und diese versteckte Besteuerung der Bevölkerung via Gewinnausschüttung zum Bund zukommen lässt?
- Ist er bereit, als Mehrheitseigner die Swisscom zu beauftragen, konsumentenfreundliche statt überrissene Abo-Preise einzuführen?

21.7524 Paganini. Kein Stromabkommen mit der EU: Überarbeitung des Energie-Mantelerlasses?

Nach dem Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen ist auch der Abschluss eines Stromabkommens mit der EU in weite Ferne gerückt. Die Energiestrategie 2050, welche die Grundlage für den geplanten Energie-Mantelerlass bildet, setzt erhebliche Stromimporte im Winter voraus, was mittel- bis langfristig kein realistisches Szenario (mehr) ist.

Ist der Bundesrat aufgrund der neuen Ausgangslage bereit, den Mantelerlass zu überarbeiten, bevor er die Vorlage ans Parlament überweist?

21.7530 Storni. Diskriminierende kommunale Abgaben bei der Stromlieferung, z. B. für die Nutzung von öffentlichem Grund, benachteiligen die erneuerbaren Energien

- Zahlreiche Gemeinden erheben von den Stromkonsumentinnen und -konsumenten Gebühren, z. B. für die Nutzung von öffentlichem Grund. Kann der Bundesrat angeben, wo in der Schweiz dies der Fall ist?

- Offenbar werden diese Gebühren nur auf dem Stromnetz erhoben; auf anderen öffentlichen Versorgungsnetzen, wie etwa dem Erdgasnetz, fallen keine solchen Gebühren an. Wie beurteilt der Bundesrat diese Diskriminierung einer einheimischen erneuerbaren Energie zugunsten einer importierten fossilen Energie?

- Wie beurteilt er diese diskriminierenden Gemeindegebühren in Bezug auf die Ziele der Energiestrategie 2050?

21.7533 Brenzikofer. Nachtnetz im öffentlichen Verkehr

Die SBB nimmt den Betrieb des Nachtnetzes im Juli 2021 wieder auf.

- Kann der Betrieb des gesamten öffentlichen Verkehrs schweizweit wieder aufgenommen werden? - Steht das nötige Rollmaterial zur Verfügung?
- Ist die Planung des Personals trotz des vorhandenen Lokführer*innenmangels gewährleistet?

21.7559 Martullo. Förderprogramm ProKilowatt

Das Förderprogramm ProKilowatt des Bundesamtes für Energie BFE beurteilt die eingegebenen Energiesparprojekte in Wettbewerbsverfahren, welche 3x pro Jahr stattfinden. So geht wertvolle Zeit bis zur Realisierung der Projekte verloren. Wie könnte man die eingegebenen Projekte laufend statt nur 3monatlich beurteilen?

21.7563 Gafner. Umsetzung der Motion "Sicherstellung der nachhaltigen Pflege und Nutzung des Waldes"

- Nach welchen Kriterien gedenkt der Bundesrat die zusätzlichen Mittel von CHF 100 Mio., welche die Bundesversammlung mit der Annahme der Motion "Sicherstellung der nachhaltigen Pflege und Nutzung des Waldes" beschlossen hat, an die Kantone zu verteilen?
- Ist es richtig, dass er die zusätzlichen Mittel den Kantonen ab dem 1. Januar 2022 zur Verfügung stellt, und nach welchem Verteilerschlüssel gedenkt er dies umzusetzen?

21.7573 Dettling. Gereinigtes Abwasser für die Bewässerung nutzen

- Bei längerer Trockenzeit ist Wasser für die Bewässerung ein rares Gut. Die Entnahme aus den Flüssen ist in dieser Zeit meist nicht möglich. Deshalb wäre es absolut sinnvoll, gereinigtes Abwasser zu nutzen.
- Warum ist es in der Schweiz nicht möglich gereinigtes Abwasser für die Bewässerung zu erlauben? In der EU ist dies scheinbar möglich.
 - Was unternimmt der Bundesrat, damit dies möglichst bald möglich ist?
 - Ist er der Meinung, dass es sinnvoll ist dieses Wasser in der Not zu Nutzen?

21.7574 Roduit. Eine Partnerschaft zur Unterstützung der Holzverarbeitungsindustrie mittels nationalen Kompetenzzentren

Ist der Bundesrat angesichts des Mangels in der Schweiz an Betrieben zur Zweitverarbeitung, die ein zentrales Element in der Holzbranche darstellen, bereit, eine öffentlich-private Partnerschaft zur Schaffung mehrerer nationaler Kompetenzzentren zu unterstützen, die für die Verarbeitung des einheimischen Holzes in verschiedenen Landesteilen zuständig sind?

21.7575 Roduit. Stammholz-Knappheit

Wäre es nicht ratsam, es gewissen anderen Ländern gleichzutun und die Ausfuhr von einheimischem Stammholz zu begrenzen (oder sogar zu verbieten)? Dies würde das schlimme Problem der Knappheit, die wir momentan erleben, lindern und gleichzeitig lokale Arbeitsplätze erhalten oder schaffen und das Fortbestehen des "Labels Schweizer Holz" gewährleisten. Ausserdem würde durch die Verarbeitung unseres Stammholzes in der Schweiz der so erzeugte Mehrwert unserer Wirtschaft zugutekommen, anstatt im Ausland Reichtum zu schaffen.

21.7586 Chevalley. Stehen landwirtschaftliche Biogasprojekte neuerdings auf der Abschussliste von gewissen Bundesämtern und -instituten?

Im Rahmen eines laufenden Projekts für eine Biogasanlage übernimmt das Bundesamt für Umwelt (BAFU) eine umstrittene Berechnungsmethode von Agroscope, zu der es nie eine Vernehmlassung gab.

- Hat das BAFU die Methode von Agroscope wissenschaftlich geprüft und mit anderen Methoden verglichen, um sie als definitive Methode einzusetzen?
- Warum schießen sich die Ämter auf den Ausbau von Biogas ein und geben den Gerichten in mehreren Fällen negative Stellungnahmen ab?

21.7591 Candinas. Übertreibt das BAFU betreffend Ernährungsvorgaben nicht masslos?

Das BAFU erliess kürzlich "Empfehlungen für die nachhaltige öffentliche Beschaffung im Bereich Ernährung". Bei den "Muss-Kriterien" für eine Ausschreibung die dem Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen unterliegt, ist bspw. mindestens 1 Tag pro Woche 100% vegetarisch (gesamtes Tagesangebot) und höchstens 4x pro Monat Fisch. "Vorbild" ist man mit mindestens 4 Tagen pro Woche 100% vegetarisch oder max. 1x pro Monat Fisch.

Ist es Aufgabe des BAFU Ernährungsvorgaben zu machen?

21.7610 Trede. Ein Bahnhof, ein Zug, aber kein Zu- oder Aussteigen. Warum?

Durch Leissigen/BE fährt ein Zug und hält vor Ort, damit der Zug aus der Gegenrichtung queren kann. Neuerdings dürfen die Türen nicht mehr geöffnet werden, es kann also niemand zu- oder aussteigen. (es wurde auf Busbetrieb umgestellt). Zeitgleich existiert ein Millionen-Bauprojekt zur Verlängerung des Perrons am Bahnhof Leissigen. Aber nur zur Zugquerung. Es wird weiterhin keine Haltestelle sein.

- Warum?
- Was ist die Erklärung für diesen unhaltbaren Zustand und wo steht das Projekt?

Bundeskanzlei

21.7562 Stadler. Umgang mit dem Genderstern

Der Rat für deutsche Rechtschreibung hat korrekterweise entschieden, den "Genderstern" nicht in das Regelwerk aufzunehmen.

- Welche Position hat der Bundesrat bezüglich des "Gendersterns"?
- Teilt er meine Meinung, dass auf eine entsprechende Anpassung des Leitfadens der Bundeskanzlei verzichtet werden kann?

Departement für auswärtige Angelegenheiten

21.7514 Regazzi. Hat der Bundesrat die Absicht, die Aussagen des belarussischen Diktators Lukaschenko offiziell zu verurteilen?

Die erzwungene Landung der Ryanair-Maschine hat es dem belarussischen Präsidenten ermöglicht, einen regimekritischen Journalisten und dessen Freundin zu verhaften. Lukaschenko rechtfertigte die brutale Aktion damit, aus der Schweiz eine Information über eine Bombe an Bord erhalten zu haben. Die Schweizer Regierung hat klargestellt, dass diese Information nicht von ihr stammt.

Ich frage den Bundesrat, ob er zusätzlich beabsichtigt, diese Aussagen zu verurteilen, die unser Land in Verbindung gebracht haben mit einer von einem Diktator veranlassten kriminellen Aktion.

21.7521 Aeschi Thomas. EU spricht "Heranführungshilfen" für die Türkei, Albanien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, Kosovo und Bosnien-Herzegowina fordert aber "Marktzutrittsgebühren" von der Schweiz

Die Türkei und sechs weitere Länder mit offizieller Perspektive auf einen EU-Beitritt sollen bis Ende 2027 ca. EUR 14.2 Mrd. an sogenannter Heranführungshilfe erhalten. Die Schweiz soll hingegen für den Marktzutritt bezahlen. Bei der ersten Kohäsionsmilliarde sagte der Bundesrat, diese stelle keinen Präzedenzfall dar.

- Ist der Bundesrat mit der 1. Kohäsionsmilliarde erpressbar geworden?
- Was ist die Gegenleistung für die 2. Kohäsionsmilliarde?
- Beabsichtigt er eine 3. & ev. 4. Kohäsionsmilliarde zu bezahlen?

21.7522 Aeschi Thomas. Nein zur Leistung von Marktzutrittsgebühren

Bisher bezeichnete der Bundesrat die Kohäsionsmilliarde als "Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU sowie zur Unterstützung von Massnahmen im Bereich der Migration". Weiter schrieb er: "Die Schweiz spricht ihren zweiten Beitrag autonom. Der Beitrag ist nicht direkt mit anderen EU-Dossiers verknüpft."

Bleibt der Bundesrat bei dieser Argumentation, d.h. die Schweiz zahlt weiterhin keine Marktzutrittsgebühren an die EU

21.7523 Aeschi Thomas. Einseitige Vertragsverletzung der bilateralen Verträge durch die EU: Welche Gegenmassnahmen ergreift der Bundesrat?

- Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass die EU mit der Nichtanerkennung der bisherigen, d.h. bereits anerkannten Medizinalprodukte das Schweiz-EU MRA-Abkommen verletzt?
- Ist er bereit, aufgrund dieser neuen Diskriminierung seinen Antrag auf Freigabe der Kohäsionsmilliarde rückgängig zu machen?
- Welche Gegenmassnahmen ergreift der Bundesrat, sollte die EU auch in anderen Bereichen gegen Treu und Glauben der bilateralen Verträge Schweiz-EU verstossen?

21.7528 Molina. Die guten Dienste der Schweiz: Hilfe bei der Aufklärung des Falls Julian Assange

Der Journalist Assange ist seit Jahren in UK eingesperrt, weil er via Wikileaks Fakten über Verstösse gegen das internationale Recht veröffentlicht hat. Der US-Auslieferungsantrag, der erstinstanzlich abgelehnt wurde, ist derzeit in Berufung. Sollte die US-Beschwerde abgewiesen werden, stellt sich die Frage nach Assanges Verbleib. Eine zwischenstaatliche politische Vereinbarung ist nicht ausgeschlossen.

Ist der Bundesrat bereit, die guten Dienste der Schweiz anzubieten, um ihn aufzunehmen?

21.7539 von Siebenthal. Folgefragen zur Doktrin der palästinensischen Autonomiebehörde an Kinder und Jugendliche

Auf die Fragestunde 21.7285 antwortete der Bundesrat, die Schweiz würde ihr Missfallen gegenüber der palästinensischen Autonomiebehörde zum Ausdruck bringen, sollte eine entsprechende Rhetorik nachgewiesen werden.

- Hat sich der Bundesrat oder jemand im EDA die in der Fragestunde 21.7285 beigefügten Präsentation angesehen? Dort ist diese Rhetorik nachgewiesen.
- Wann und in welcher Form hat die Schweiz gegenüber der palästinensischen Autonomiebehörde ihr deutliches Missfallen zum Ausdruck gebracht?

21.7540 Dandrès. Fälle von Ausbeutung in den diplomatischen Missionen und internationalen Organisationen (Ständige Mission von Pakistan bei der UNO) (Frage 1)

Mehrere Frauen melden schlimme Missbräuche in einer ständigen Mission bei der UNO. Als Gegenleistung für eine Legitimationskarte und angelockt durch Versprechen eines Arbeitsvertrages seien sie gezwungen worden, ohne Lohn oder zu rechtswidrigen Bedingungen zu arbeiten, und seien anderen Missbräuchen ausgesetzt gewesen. Ihr Status als aussereuropäische Arbeitnehmerinnen und ihre Herkunft aus sehr bescheidenen Verhältnissen wurden ausgenutzt. Wurden in anderen Missionen oder internationalen Organisationen ähnliche Fälle festgestellt?

21.7541 Dandrès. Fälle von Ausbeutung in den diplomatischen Missionen und internationalen Organisationen (Ständige Mission von Pakistan bei der UNO) (Frage 2)

Mehrere Frauen melden Missbräuche in einer diplomatischen Mission. Für eine Legitimationskarte und angelockt durch Versprechen seien sie gezwungen worden, ohne Lohn oder zu illegalen Bedingungen zu arbeiten, und waren Missbrauchsoffer. Ihr Status als aussereuropäische Arbeitnehmerinnen und ihre Herkunft aus sehr bescheidenen Verhältnissen wurden ausgenutzt. Welche Kontrollen (Anzahl, Art) werden durchgeführt, um die Einhaltung des Rechts für die Beschäftigten von internationalen Organisationen und diplomatischen Vertretungen sicherzustellen?

21.7542 Dandrès. Fälle von Ausbeutung in den diplomatischen Missionen und internationalen Organisationen (Ständige Mission von Pakistan bei der UNO) (Frage 3)

Mehrere Frauen melden schlimme Missbräuche in einer Mission bei der UNO. Für eine Legitimationskarte und angelockt durch Versprechen eines Arbeitsvertrages seien sie gezwungen worden, ohne Lohn oder zu rechtswidrigen Bedingungen zu arbeiten, und seien anderen Missbräuchen ausgesetzt gewesen. Ihr Status als aussereuropäische Arbeitnehmerinnen und ihre Herkunft aus sehr bescheidenen Verhältnissen wurden ausgenutzt. Die Kontrollen waren nicht wirksam (diese Missbräuche dauern bereits seit mehr als 20 Jahren an). Welche Massnahmen sind nötig, damit sie wirksam werden?

21.7543 Dandrès. Fälle von Ausbeutung in den diplomatischen Missionen und internationalen Organisationen (Ständige Mission von Pakistan bei der UNO) (Frage 4)

Mehrere Frauen melden Missbräuche in einer diplomatischen Mission. Für eine Legitimationskarte und angelockt durch Versprechen seien sie gezwungen worden, ohne Lohn oder zu illegalen Bedingungen zu arbeiten, und waren Missbrauchsoffer. Ihr Status als aussereuropäische Arbeitnehmerinnen und ihre Herkunft aus sehr bescheidenen Verhältnissen wurden ausgenutzt. Wie wird der Bundesrat sicherstellen, dass die Opfer dieser Praktiken zu ihrem Recht kommen und dass ihre Forderungen, namentlich die Lohnforderungen, beglichen werden?

21.7544 Dandrès. Fälle von Ausbeutung in den diplomatischen Missionen und internationalen Organisationen (Ständige Mission von Pakistan bei der UNO) (Frage 5)

Mehrere Frauen melden schlimme Missbräuche in einer Mission bei der UNO. Für eine Legitimationskarte und angelockt durch Versprechen eines Arbeitsvertrages seien sie gezwungen worden, ohne Lohn oder zu rechtswidrigen Bedingungen zu arbeiten, und seien anderen Missbräuchen ausgesetzt gewesen. Ihr Status als aussereuropäische Arbeitnehmerinnen und ihre Herkunft aus sehr bescheidenen Verhältnissen wurden ausgenutzt.

Werden diese Whistleblowerinnen Aufenthaltsbewilligungen erhalten, um ihre Rechte geltend zu machen? Und werden sie später Aufenthaltsbewilligungen aus humanitären Gründen erhalten?

21.7564 Gafner. Drei Millionen Franken für Gaza

Laut seiner Medienmitteilung stellt der Bundesrat drei Millionen Franken für Nothilfe in Gaza zur Verfügung. Auch wenn das Geld indirekt über das IKRK, dem Humanitären Fonds der UNO und der UNRWA gespendet wird, ist eine sinngemässe Verwendung dadurch nicht automatisch gewährleistet.

Wie stellt der Bundesrat sicher, dass das Geld effektiv für Nothilfe verwendet und nicht durch die Hamas für kriegerische Zwecke (z.B. Zement für Terrortunnel, Waffenschmuggel) missbraucht wird?

21.7566 Prezioso. Schweiz-Marokko: Willkürliche Inhaftierungen von Journalisten

Die investigativen Journalisten Soulayman Raissouni und Omar Radi wurden willkürlich festgenommen. Ihre Gerichtsverhandlungen werden immer wieder vertagt und ihren Verteidigern wird keine Akteneinsicht gewährt. Anfang April 2021 sind beide in den Hungerstreik getreten, ihr Gesundheitszustand hat sich erheblich verschlechtert.

- Sollte der Bundesrat nicht alles dafür tun, um das Leben der Journalisten zu retten?
- Könnte nicht ein Botschaftsattaché das Gefängnis aufsuchen, um ihren Gesundheitszustand zu beurteilen?

21.7570 Rüeegg. Finanzielle Mittel der ASO nicht für Lobbyieren in Richtung EU-Beitritt

Die Auslandschweizerorganisation ASO vertritt die Interessen aller im Ausland lebenden Schweizer*innen. In deren Medienmitteilung schürt diese mit der Falschinformation, die Personenfreizügigkeit sei mit dem Abbruch über die Verhandlungen zum Rahmenvertrag gefährdet, um auf den Bundesrat Druck in Richtung EU-Beitritt oder enge Anbindung zu machen.

Was macht der Bundesrat, dass die vom Bund der ASO zugeführten finanziellen Mittel, nicht für Lobbyieren in Richtung EU-Beitritt missbraucht wird?

21.7571 von Siebenthal. Differenzierung zwischen Siedlungspolitik und rechtlichen Verfahren

Auf die Fragestunde 21.7433 antwortete der Bundesrat, dass "Ausweisungen, wie sie Familien in Sheikh Jarrah bedrohen, nicht dem Völkerrecht entsprechen". Das betreffende Land wurde von Juden im Jahr 1875 gekauft und nach deren Vertreibung im Jahre 1948 von Arabern besetzt. 1998 erwarben jüdische Investoren von den ursprünglichen jüdischen Eigentümergemeinschaften die Eigentumsrechte.

Wieso sollte dieses Verfahren, das zudem vom israelischen Gericht geprüft wird, gegen das Völkerrecht verstossen?

21.7577 Badertscher. Leitlinien Menschenrechte 2021-2024 und die UNGPS

In den am 3. Juni 2021 veröffentlichten "Leitlinien Menschenrechte 2021-2024" steht: "Die Schweiz fördert die Achtung der Menschenrechte durch den Privatsektor." Gleichzeitig will die Schweiz sicherstellen, dass schweizerische Firmen keine Wettbewerbsnachteile erleiden.

Wie steht diese Aussage im Einklang mit den UNGPS (United Nations Guiding Principles on Business and Human Rights)?

21.7578 Badertscher. Leitlinien Menschenrechte 2021-2024 und sportliche Grossveranstaltungen

Die Leitlinien versprechen: Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass die Menschenrechte bei der Planung und der Umsetzung von sportlichen Grossveranstaltungen eingehalten werden.

Welche Schritte unternimmt der Bundesrat, um sicherzustellen, dass dies auch in Ländern gilt, wo die Menschenrechte systematisch verletzt werden, in Bezug auf die Rechte von Minderheiten und der Meinungsäusserungsfreiheit, wie beispielsweise in China?

21.7580 Friedl Claudia. Leitlinien Menschenrechte 2021-2024: Wo bleiben die konkreten Massnahmen?

In den neuen Leitlinien Menschenrechte steht, dass sich die Schweiz gegen die Diskriminierung von ethnischen Minderheiten einsetze. Sie ermutigt zu Massnahmen, die darauf abzielen, Pluralismus und Respekt für Unterschiede zu fördern.

- Welche Massnahmen unternimmt die Schweiz konkret, um Pluralismus und Respekt in Xinjiang zu fördern und die muslimischen Minderheiten vor schwersten Menschenrechtsverletzungen zu schützen?

- Was unternimmt er, dass Schweizer Unternehmen OECD-Leitsätze einhalten?

21.7583 Crottaz. Leitlinien Menschenrechte 2021-2024. Die Widersprüche in der Aussenpolitik auflösen

Gemäss den Leitlinien Menschenrechte 2021-2024 achtet die Schweiz "auf die Kohärenz der aussenpolitischen Positionen, die auf bilateraler und multilateraler Ebene vertreten werden".

Welche Instrumente wird der Bundesrat entwickeln, um entsprechende Widersprüche aufzulösen, zum Beispiel zwischen dem Grundsatz des weltweiten und nichtdiskriminierenden Zugangs zu Gesundheitsleistungen im Rahmen der Covid-19-Pandemie und der Position der Schweiz in der WTO, in deren Rahmen sie sich gegen die Aussetzung des Patentschutzes gemäss dem TRIPS-Abkommen ausspricht?

21.7600 Walder. Diplomatie. Information und Transparenz verstärken, um die Menschenrechte zu stärken

Die Leitlinien Menschenrechte 2021-2024 unterstreichen die Wichtigkeit von Information und Transparenz in der Diplomatie und damit einer "öffentlichen" Diplomatie. Sie ergänzen dies aber um den Hinweis, manchmal sei "eine stille Diplomatie wirksamer". Wie achtet der Bundesrat darauf, dass das Instrument der "öffentlichen" Diplomatie in Zukunft stärker verwendet wird, wie dies auch die Menschenrechtsorganisationen seit Langem fordern, weil dies für die Achtung der Menschenrechte wirksamer ist?

21.7601 Walder. Dritte Generation der Menschenrechte und Recht der Minderheiten

- Welche Position bezieht die Schweiz angesichts der Diskussionen über die dritte Generation der Menschenrechte?
- Unterstützt sie die Anerkennung gewisser Kollektivstrukturen beim Schutz der Menschenrechte, und anerkennt sie die Notwendigkeit des Schutzes von benachteiligten Gruppen?
- Nach welchen Kriterien definiert die Schweiz die Anerkennung des "Kollektivs", und stellt sie den Schutz des Individuums in den Mittelpunkt dieser neuen Rechte?

21.7615 Arslan. Die neuen "Leitlinien Menschenrechte 2021-2024" für Schweizer Aussenvertretung und Diplomaten:innen

Wie verbindlich sind die neuen "Leitlinien Menschenrechte 2021-2024" für Schweizer Aussenvertretungen und Diplomaten:innen? Die Erfahrung mit anderen "Leitlinien" zeigt, dass deren Umsetzung oft lückenhaft ist und teils willkürlich erscheint.

21.7617 Arslan. Ratifizierung Zusatzprotokoll zum UNO Pakt I

Gemäss den neuen Leitlinie Menschenrechte will sich die Schweiz "im Rahmen der UNO und im Dialog mit anderen Staaten für die Umsetzung der WSK-Rechte" einsetzen. Ist die Schweiz in diesem Zusammenhang bereit, endlich das Zusatzprotokoll zum UNO Pakt I über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, welches Individualbeschwerden ermöglichen würde, zu ratifizieren, da dieses gemeinhin als wesentlicher Bestandteil der vollen Umsetzung dieses Paktes gilt?

21.7592 Markwalder. InstA-Abbruch des Bundesrats: Vereinbarkeit mit Bundesverfassung und Parlamentsgesetz?

- Inwiefern ist der Entscheid des Bundesrats die Verhandlungen mit der EU über das institutionelle Rahmenabkommen einseitig zu beenden vereinbar mit Art. 166 und Art. 184 BV sowie mit Art. 24 ParlG?
- Weshalb hat der Bundesrat die Konsultationsantworten der beiden aussenpolitischen Kommissionen und der Kantone ignoriert?

21.7593 Markwalder. Wie weiter in der Europapolitik?

- Wie lassen sich die guten Beziehungen zur EU und ihren Mitgliedstaaten nach dem einseitigen Abbruch der Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen vernünftigerweise wiederherstellen?
- Reicht dazu tatsächlich die Deblockierung der Kohäsionszahlungen durch das Parlament?
- Welche politisch und ökonomisch gleichwertigen Alternativen sieht der Bundesrat zum institutionellen Abkommen?
- Warum richtet er zunächst aussenpolitische Schäden an, um sie anschliessend zu begrenzen?

21.7594 Walder. Ostturkestan: Unterstützung einer internationalen Untersuchung der Verbrechen gegen die uigurische Bevölkerung (1)

Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen beginnt am 21. Juni 2021 in Genf seine 47. Session. Angesichts der steigenden Anzahl an Beweismaterial, wonach die chinesische Regierung für Verbrechen gegen die Menschlichkeit und andere Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang verantwortlich ist:

Welche Massnahmen ergreift der Bundesrat, um dazu beizutragen, dass ein unabhängiger internationaler Untersuchungsmechanismus geschaffen wird, damit die mutmasslichen Täter dieser völkerrechtlichen Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden?

21.7595 Walder. Ostturkestan: Unterstützung einer internationalen Untersuchung der Verbrechen gegen die uigurische Bevölkerung (2)

Immer mehr politische Entscheidungsträger verlangen die Einrichtung eines internationalen Untersuchungsmechanismus zur Klärung der Berichte über Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Xinjiang.

- Unterstützt der Bundesrat dieses Vorgehen und plant er, dies öffentlich zu bekunden?
- Hat der Bundesrat im Rahmen der etablierten Gespräche zwischen unseren beiden Ländern und aufgrund des erklärten Wunsches, die Frage der Menschenrechte direkter anzugehen, seine chinesischen Amtskollegen bereits auf dieses Thema angesprochen?

21.7598 Walder. Die Menschenrechtssituation in Bahrain verschlechtert sich. Was tut die Schweiz?

Im Juni 2014 hat sich die Schweiz zusammen mit 46 weiteren Staaten anlässlich der 26. Sitzung des Menschenrechtsrats tief besorgt gezeigt über die Situation in Bahrain. Die Situation ist seither nicht besser geworden, ganz im Gegenteil. Willkürliche Verhaftungen, Berichte über Folter, inakzeptable Haftbedingungen haben gemäss verschiedener Berichterstatter internationaler Organisationen zugenommen.

Teilt der Bundesrat diese Feststellung und hat er gegenüber der Regierung von Bahrain die Thematik angesprochen?

21.7599 Walder. Wann gedenkt der Bundesrat, auf die blutige Repression durch die kolumbianische Regierung zu reagieren?

Für heute ist wieder ein Tag der Mobilisierung in Bogot und anderen kolumbianischen Städten geplant. Anstatt richtige Verhandlungen aufzunehmen, verschärft die Regierung von Ivn Duque die Unterdrückung der friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten, indem sie, wie in Cali, auf die Armee zurückgreift, obwohl das Land bereits um die hundert Opfer zählt.

- Hat der Bundesrat diese unzumutbare Lage mit der Botschafterin oder anderen Vertreterinnen oder Vertretern der Regierung Duque angesprochen?
- Gedenkt er, diese blinde Repression zu verurteilen?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

21.7501 de Quattro. Die neuen Debitkarten benachteiligen Konsumentinnen und Konsumenten sowie den Detailhandel

Seit dem Ausbruch der Coronakrise hält der Bundesrat die Bevölkerung dazu an, Bankkarten zu verwenden und auf Bargeldzahlungen zu verzichten, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Die Zahlungsdienstleister Visa und Mastercard haben neue Debitkarten herausgegeben, auf denen sie übertriebene Kommissionen erheben, was Konsumentinnen und Konsumenten sowie den Detailhandel benachteiligt. Welche Massnahmen gedenkt der Bundesrat zu ergreifen oder anzuordnen, um diese Wettbewerbsverzerrung zu beseitigen?

21.7504 Molina. Geschäfte der Schweizer MEM-Industrie mit der chinesischen Provinz Xinjiang

In seiner Antwort auf Interpellation Barrile 19.4520 schrieb der Bundesrat, dass es wichtig sei, "dass betroffene Importeure angesichts der Situation in der Region Xinjiang bei chinesischen Lieferanten erhöhte Vorsicht walten lassen." Was sind die Erwartungen des Bundesrats bezüglich den laufenden Exportgeschäften der Schweizer MEM-Industrie für die Textilindustrie in Xinjiang im Zusammenhang mit struktureller Zwangsarbeit?

21.7505 Molina. Sanktionen der EU wegen schwerer Menschenrechtsverbrechen der chinesischen Regierung in Xinjiang: Wann handelt die Schweiz?

Die EU hat aufgrund der schweren Menschenrechtsverletzungen der chinesischen Regierung in der Provinz Xinjiang Sanktionen gegen Personen und Institutionen verhängt. Die Schweiz kann diese Massnahmen gestützt auf das EmbG übernehmen. Norwegen hat dies bereits getan.

- Wann wird der Bundesrat die Sanktionen übernehmen?
- Wie verhindert er Umgehungsgeschäfte auf Schweizer Territorium?
- Hat der Bundesrat aufgrund seiner zögerlichen Haltung bereits negative Reaktionen erhalten?

21.7507 Arslan. Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang

Die EU hat am 22. März 2021 Sanktionen gegen China erlassen.

- Wird der Bundesrat die Sanktionen übernehmen?
- Wann ist mit einer Entscheidung zu rechnen? Die Schweiz hat die EU-Sanktionen gegen China bislang nicht übernommen.
- Nimmt er damit Umgehungsgeschäfte bewusst in Kauf?

21.7506 Walder. Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang

Was erwartet der Bundesrat von Schweizer Unternehmen, welche noch immer aktive Geschäftsbeziehungen in Risikosektoren in Xinjiang aufrechterhalten oder gar eigene Produktionsstätten betreiben?

Es wurden bisher zwei Roundtables zu menschenrechtlichen Risiken in Xinjiang für die Textil und MEM-Branche durchgeführt.

Was sind die Ergebnisse?

21.7508 Badertscher. Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang

Die UNO hat um Auskunft darüber gebeten, was welche Massnahmen die Schweiz ergreift, um Unternehmen bezüglich der strukturellen Zwangsarbeit in der Region Ostturkestan (chinesisch Xinjiang) zu sensibilisieren.

- Was ist der aktuelle Stand?
- Wann wird die Antwort der Schweiz veröffentlicht?
- Wie erachtet der Bundesrat die Möglichkeiten einer menschenrechtlichen Sorgfaltsprüfung für Schweizer Unternehmen in Xinjiang?
- Können unabhängige Kontrollen der Arbeitsbedingungen gewährleistet werden?

21.7510 Munz. Neuer Zeitplan beim Zulassungsverfahren von Pestiziden, schnellere Gangart gefordert!

Der Bundesrat schreibt auf meine Frage 21.7116, dass er bis Ende 2023 weitere Vorschläge zur Optimierung des Zulassungsverfahrens vernehmlassen will. Nachdem die Firma KPMG im November 2019 in deutlichen Worten gravierende Mängel beim Zulassungsverfahren festgestellt hat, nimmt sich der Bund für Vorschläge vier Jahre Zeit!

- Wie wird das langsame Vorgehen erklärt und wie sieht der konkrete Zeitplan aus?
- Bis wann soll der Prozess abgeschlossen sein?
- Wie kann der Zeitplan gestrafft werden?

21.7532 Brenzikofer. Projekt "Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität" (WEGM)

Der Verein Schweizerischer Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer (VSG) hat in seiner provisorischen Stellungnahme festgehalten, dass der Zeitplan des Projekts WEGM angepasst werden sollte, da eine adäquate Auseinandersetzung zum jetzigen Zeitpunkt stark erschwert ist.

Ist der Bundesrat bereit, den Zeitplan des Projekts anzupassen, damit sich die Lehrpersonen vertieft mit den Änderungsvorschlägen auseinandersetzen können?

21.7534 Grin. Wollen wir wirklich die Pflegefachfrauen aus Quebec, die seit Jahren in der Schweiz arbeiten, deklassieren?

Mehr als 300 Pflegefachfrauen aus Quebec arbeiten in der Schweiz. Mit dem Inkrafttreten des Gesundheitsberufegesetzes im Jahr 2020 ist die Anerkennung ihres Bildungsabschlusses gefährdet.

- Können die bisherigen Voraussetzungen zur Anerkennung als Pflegefachfrau mit einem höheren Fachschulabschluss für die Pflegefachfrauen, die seit Jahren in der Schweiz arbeiten, beibehalten werden?
- Wäre das nicht eine Anerkennung der Arbeit, die sie geleistet haben?

21.7545 Fiala. Keine Behinderung von Umstrukturierungen durch Covid-19-Solidarbürgschaftsgesetz

Gemäss SBüG ist eine Umstrukturierung nach Fusionsgesetz erlaubt, sofern zumindest die wesentlichen Teile des Unternehmens des Covid-19-Kreditnehmers übertragen werden. Diese "Wesentlichkeit" ist jedoch betr. Vermögensübertragung nicht eindeutig und führt zu Rechtsunsicherheit.

Wäre die im Gesetz nicht ausgeschlossene Möglichkeit, dass Kreditnehmende für die Rückführung des Covid-19-Kredits gegenüber der Bürgschaftsgenossenschaft selber bürgen nicht eine sinnvolle, zusätzlich sichernde Lösung?

21.7547 Steinemann. Wirtschaftswachstum pro Kopf

In einem früheren Observationsbericht "Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Schweizer Arbeitsmarkt" fanden sich Grafiken, wonach das reale BIP von 2002 bis 2008 jährlich durchschnittlich um 1,6 Prozent gewachsen sei, von 2009 bis 2015 nur noch um 0,1 Prozent. Seither erwähnt dies kein Observationsbericht mehr. Wie lauten die Zahlen ab 2016?

21.7553 Riniker. Anzahl Frauen und Männer mit erfolgreicher Numerus clausus Prüfung sowie erfolgreichem Abschluss des Medizinstudiums

Der Bundesrat wird gebeten die Zahlen der vergangenen 10 Jahren nach Geschlecht zu präsentieren:

1. Wie viele Personen haben die Numerus clausus Prüfung erfolgreich bestanden (Zugang zum Medizinstudium erhalten)?
2. Wie viele Personen haben das Medizinstudium mit dem Staatsexamen erfolgreich abgeschlossen?

21.7556 Schneeberger. Präzisierung von Art. 2.6 des Solidarbürgschaftsgesetzes

Eine Umstrukturierung nach Fusionsgesetz ist gemäss SBüG erlaubt, sofern zumindest die "wesentlichen" Teile des Unternehmens des Covid-19-Kreditnehmers übertragen werden.

Wie viel Prozent der Bilanzsumme und wie viel Prozent des Eigenkapitals müssen mindestens übertragen werden, damit die Voraussetzung der Wesentlichkeit gemäss Art. 2.6 SBüG gegeben ist?

21.7572 Martullo. Medizinal-Produkte: Vertragsbruch der bilateralen Verträge seitens EU?

Seit dem 26. Mai gelten die gegenseitige Anerkennung und die damit verbundenen Handelserleichterungen für Medizinal-Produkte zwischen der EU und der Schweiz nicht mehr. Dies gilt auch für Medizinal-Produkte, die bereits zugelassen sind. Ist der Bundesrat der Ansicht, dass die EU damit einen Vertragsbruch der bilateralen Verträge begangen hat?

21.7576 Badertscher. UN Food System Summit im September 2021

Im Juli findet in Rom die UN Vorbereitungskonferenz für den Welternährungsgipfel und im September der Gipfel selber in New York statt. Ziel ist die Beschleunigung der Umsetzung der Agenda 2030.

1. Was gedenkt die Schweiz zu tun, damit der Gipfel relevante Ziel für die Finanzierung, Forschung und Umsetzung von agrarökologischen Lösungen setzt?
2. Welchen Beitrag wird die Schweiz im Rahmen des Gipfels leisten, damit lokale Ernährungssysteme im Sinne der Agrarökologie weltweit gestärkt werden?

21.7582 Molina. Uno-Welternährungsgipfel: Welchen Platz nimmt die Agroökologie ein?

Das BLW hat diese Woche seine nationalen Dialoge für den Uno-Welternährungsgipfel abgeschlossen.

- Wann wird der Bundesrat entscheiden, wie das Mandat für den Gipfel lauten wird?
- Wird die Umsetzung von systemischen Ansätzen wie der Agroökologie, die grosses Potential besitzen, um die steigende Zahl Menschen in Armut und die Treibhausgasemissionen entscheidend zu senken, Teil des Mandats?
- Mit welchen messbaren Zielen wird das Mandat bezüglich der Agroökologie ausgestattet sein?

21.7584 Haab. Digitalisierung auch bei der Aufbewahrung der Begleitdokumente der TVD ermöglichen

Bei jedem Tier der Rindergattung ist die Tiergeschichte über die Tierverkehrsdatenbank (TVD) lückenlos erfasst und rückverfolgbar. Trotzdem hat jeder Tierhalter die Pflicht die Begleitdokumente während mehreren Jahren physisch in Papierform aufzubewahren.

- Ist der Bundesrat nicht der Meinung, dass mit einer digitalen Aufbewahrung der Begleitdokumente die Rückverfolgbarkeit gewährt wäre?
- Wäre eine digitale Ablage der Begleitdokumente nicht eine administrative Erleichterung für die Tierhalter?

21.7585 Roth Franziska. Ominöse Beiträge des Bundes für Entwicklung und Verbreitung der UK an den Hochschulen

Laut Stellungnahme des Bundesrats zur Interpellation 20.3568 trägt der Bund im Rahmen von projektgebundenen Beiträgen gemäss HFKG in den Jahren 2017-2020 zur Entwicklung und Verbreitung der Unterstützten Kommunikation (UK) an den Hochschulen bei. Nach Rücksprache mit Hochschulen ist diesen nicht bekannt, dass der Bund solche Beiträge leistet.

- Wie hoch sind die gebundenen Beiträge?
- Welche Hochschulen sind beteiligt?
- Welche Projekte werden konkret unterstützt?

21.7590 Candinas. Wieso organisiert der Schweizerische Nationalfonds (SNF) in der viersprachigen Schweiz Diskussionen in englischer Sprache?

Regelmässig finden Podiumsdiskussion des Forschungsprogramms NFP 78 in englischer Sprache statt, auch wenn die meisten Referenten deutschsprachig sind. Bereits die öffentliche Ausschreibung erfolgt seitens des Schweizerischen Nationalfonds in englischer Sprache.

- Gibt der Bund dem SNF Vorgaben im Umgang mit den Landessprachen?
- Wird das Sprachengesetz seitens SNF eingehalten?
- Sieht der Bund betreffend SNF und Forschungsprogramm NFP 78 in sprachlicher Hinsicht Handlungsbedarf?

21.7606 Schlatter. Zolltarif und DaziT

Die Behandlung des Geschäfts "19.076 Zolltarifgesetz. Änderung" ist auf die Herbstsession verschoben worden. Eine Inkraftsetzung auf den 1.1. 2022 kommt darum nicht mehr in Frage. In seiner Botschaft weist der Bundesrat auf die engen Zusammenhänge mit der anstehenden Revision des Harmonisierten Systems (HS) und dem laufenden Transformationsprogramm DaziT der EZV hin.

1. Wie sieht der neue Zeitplan aus?
2. Wie ist der Stand des DaziT-Teilprojektes "Stammdaten"?

21.7607 Pasquier. Überprüfung der Pflanzenschutzmittel: Wie viele Produkte sind betroffen und wann ist die Überprüfung abgeschlossen?

Der Bundesrat hat auf meine Interpellation 21.3338 geantwortet, dass die Anforderungen an die Zulassung verschärft worden sind und dass ein Überprüfungssystem eingeführt wurde, um sicherzustellen, dass die alten Produkte die neuen Anforderungen erfüllen.

- Wie viele alte Produkte müssen noch überprüft werden? Wann ist die Überprüfung abgeschlossen?
- Werden alle alten Produkte auch auf ihre Eigenschaften als endokrine Disruptoren getestet?

21.7608 Trede. Transparenz beim Einsatz von hochtoxischen Pestiziden II

Um die vom Bauernverband angekündigte, 100-prozentige Transparenz erreichen zu können, müssen die digitalen Daten des Verkaufes von Pestiziden mit jenen der Anwendung abgeglichen und die Anwendung mindestens metergenau und überprüfbar ausgewiesen werden.

- Wie stellt der Bund sicher, dass sämtliche Reduktionskriterien (Auflagen zur Anwendung) künftig lückenlos dokumentiert und kontrolliert werden können?
- Welche Transparenznassnahmen sollen insbesondere gegenüber den Kantonen umgesetzt werden?

21.7613 Addor. Zivildienst: Worauf wartet der Bundesrat, bis er eine neue Reform vorschlägt?

Im Laufe der Jahre und nach einem spektakulären Anstieg der Anzahl Zivildienstleistender ist der Zivildienst... eine Armee geworden. Zum Teil ist dies der Grund dafür, dass Armee und Zivilschutz grosse Bestandesprobleme haben, und zwar in solchem Ausmass, dass die Kapazitäten zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben nicht ausreichen könnten.

Worauf wartet der Bundesrat nach der überraschenden Ablehnung der Revision am 19. Juni 2020, bis er dem Parlament einen neuen Entwurf vorlegt, der die umstrittensten Elemente der Vorversion nicht mehr enthält?

21.7614 Grossen Jürg. Landwirtschaft: Sieht der Bundesrat einen Widerspruch zwischen der Absatzförderung und den Zielen seiner Ernährungsstrategie, seiner Klimastrategie, seiner Bodenstrategie oder seiner Strategie Nachhaltige Entwicklung?

Der Bundesrat sieht vor dem Hintergrund ihrer Anteile an der landwirtschaftlichen Wertschöpfung keinen Widerspruch im Verhältnis der Förderung von Züchtung und Verkauf von tierischen und pflanzlichen Agrarprodukten (siehe 21.7498).

- Sieht er auch keinen Widerspruch zu seiner Ernährungsstrategie, zu seiner Klimastrategie, zu seiner Bodenstrategie, zu seiner Strategie Nachhaltige Entwicklung? Wenn nein, warum? Wenn ja, inwiefern?
- Sieht er Widersprüche zum Subventionsgesetz (SuG) Art. 6 und 7?

21.7616 Birrer-Heimo. Wie hat der Bundesrat PrivatanwenderInnen über nicht mehr zugelassene Pflanzenschutzmittel informiert und mit Massnahmen zur fachgerechten Entsorgung die Risiken reduziert?

Laut Bundesrat ist die Anwendung von gewissen Pestizid-Produkten durch Private seit dem 1. Januar 2021 nicht mehr zulässig (21.7474). Eine Zuwiderhandlung kann mit Strafe bis zu CHF 20'000 geahndet werden. Was hat der Bundesrat unternommen, PrivatanwenderInnen

1. über diese neuen Vorschriften zu informieren, um zu verhindern, dass sie sich aus Unkenntnis strafbar machen?
2. zur fachgerechten Entsorgung der Produkte aufzurufen und so die Risiken aus der Anwendung von Pestiziden zu reduzieren?

21.7622 Arslan. Gescheitertes Rahmenabkommen: Taskforce für Soforthilfe für geschädigte Unternehmungen

Tagtäglich wird es deutlicher, welche Schäden der Abbruchsentscheid des Bundesrates bei zahlreichen Unternehmungen bewirkt hat, insbesondere in der Medtech-Branche. Unternehmungsschliessungen stehen vor der Türe. Arbeitsplätze sind bedroht. Eine Abwanderung in den EU-Raum ist komplex und teuer.

- Ist der Bundesrat in diesem Zusammenhang bereit, umgehend eine Taskforce zu schaffen für Soforthilfen an bedrohte Unternehmungen?
- Kann diese Soforthilfe aus Beratung und/oder finanzieller Unterstützung bestehen?

21.7625 Gugger. Werden auf Grund von spezifischen Anwendungsvorschriften für Insektizide nachtaktive Bestäuberinsekten explizit gefährdet?

Laut Bundesrat wird die Risikobewertung von Pestiziden "an Referenzarten durchgeführt [...]. Da es nicht möglich ist, an allen Insektenarten zu testen, wird [...] ein zusätzlicher Sicherheitsfaktor berücksichtigt" (21.7313).

- Welche der Referenzarten sind heute nachtaktive Insekten?
- Da viele Insektizide abends, ausserhalb der Flugzeiten von Bienen" angewendet werden sollen: Werden mit dieser Auflage aus der Zulassung nicht sämtliche nachtaktiven Insekten explizit gefährdet?

21.7626 Gugger. Verharmlost der Bundesrat die Wirkungen des Pestizids Mancozeb, kurz vor einer wichtigen Abstimmung?

Der Bundesrat schreibt auf meine IP 20.4711: "Mancozebkann ein Risiko für schwangere Frauen darstellen. Es ist ausserdem für Wasserorganismen giftig". Laut Pflanzenschutzmittelverzeichnis kann es "vermutlich das Kind im Mutterleib schädigen" und ist "sehr giftig für Wasserorganismen mit langfristiger Wirkung" - in der EU gilt es als reproduktionstoxisch und als endokriner Disruptor!

Warum antwortet der Bundesrat in derart minimalistischer und verharmlosender Weise?

Departement des Innern

21.7511 Töngi. Was zeigen Studien über den Zusammenhang zwischen Nitratwerten im Trinkwasser und dem Risiko einer Darmkrebs-Erkrankung?

Laut einer dänischen Studie nimmt das Krebsrisiko bei Nitrat im Trinkwasser ab einer Belastung von 3.87 mg/Liter signifikant zu. Die gewählte Methodik wird als statistisch robust beurteilt und als starker Hinweis auf eine tatsächlich vorhandene Kausalität (je höher die Nitrat-Konzentration, desto höher das individuelle Darmkrebs-Risiko). Der Grenzwert in der Schweiz beträgt 25 mg/Liter, Darmkrebs ist die dritthäufigste Krebserkrankung:
Was zeigen entsprechende Studien für die Schweiz?

21.7525 Herzog Verena. Endlich Alternativen zum mRNA-Impfstoff gegen Covid-19 beschaffen

Da Langzeiterfahrungen fehlen, sind vor allem jüngere Menschen kritisch gegenüber mRNA-Impfstoffen. Viele würden sich jedoch gerne mit alternativem Impfstoff gegen Covid-19 schützen.

1. Wie weit fortgeschritten ist der Protein-basierte Impfstoff von Novaxa, mit der die Schweiz bereits einen Vorvertrag abgeschlossen hat? Wie ist der Entwicklungsstand des Vektor-Impfstoffes von Janssen?
2. Bemüht sich der Bundesrat aktiv, auch alternativen Impfstoff zum mRNA-Impfstoff zu beschaffen?

21.7565 Lohr. Strategie Impfstoffbeschaffung

Im Mai hat der Bundesrat verlauten lassen, zur Beschaffung der Corona-Impfstoffe für die kommenden Jahre praktisch ausschliesslich auf mRNA-Wirkstoffe setzen zu wollen. Das schränkt das Herstellerfeld auf Pfizer/Biontech und Moderna ein und reduziert den Verhandlungsspielraum ohne Not drastisch.

- Spielen weitere Wirkstoffe in der kommenden Impfstoffbeschaffung keine Rolle mehr?
- Begibt sich der Bundesrat mit seiner Strategie nicht in eine unnötige Abhängigkeit von zwei Wirkstoffherstellern?

21.7526 Reimann Lukas. Risiken und Chancen der Gain-of-function-Forschung

- Wer forscht in der Schweiz zu Gain-of-function?
- Wo beteiligt sich die Schweiz international an der Gain-of-function-Forschung?
- Wie beurteilt der Bundesrat die Chancen und die Risiken dieser Technologie?
- Wie können die riesigen Missbrauchs- und Unfallrisiken minimiert werden bzw. wie geht man mit diesen Risiken um?
- Braucht es ein neues Genfer Protokoll bzw. eine Ergänzung der Biowaffenkonvention um Missbräuche zu verhindern?

21.7531 Brenzikofer. Covid-Zertifikat: Kostenlose Tests für Grossveranstaltungen und Reisen sicherstellen

Noch immer sind weniger als 25% der Schweizer Bevölkerung vollständig geimpft. Ab Juli sollen Covid-Zertifikate für Konzerte, Festivals, Theater und für Reisen eingeführt werden. Ungeimpfte Menschen brauchen somit einen PCR-Test für den Zugang zu diesen Veranstaltungen.

Steht das BAG mit den Kantonen im Kontakt, um bei der Einführung von Covid-Zertifikaten genügend kostenlose und dezentrale Testmöglichkeiten zur Erstellung von Covid-Zertifikaten anbieten zu können?

21.7546 Andrey. SwissCovid für backward contact tracing

Die SGK-N hat den Bundesrat mit zwei Briefen aufgefordert, die um CrowdNotifier erweiterte SwissCovid App - neben weiterhin möglicher analoger Datenerhebung - als gültige digitale, datensparsame Registrierung insbesondere an Orten mit Registrierungspflicht wie Restaurants zuzulassen und die entsprechende Verordnung anzupassen.

Wie und bis wann kann von einer Umsetzung dieses parlamentarischen Anliegens ausgegangen werden?

21.7551 Steinemann. Entwicklung der Gewalt gegen Frauen durch Zuwanderung aus muslimischen Ländern

Die ehemalige Holländische Abgeordnete Ayaan Hirsi Ali legt in ihrem neuen Buch Zahlen vor, wonach die Zuwanderung aus muslimischen Ländern insbesondere via Asylschiene die Gewalt gegen Frauen in Europa erhöht habe. In 17.3931 hat der Bundesrat die Zunahme der Entwicklung der Gewalt- und Sexualdelikte durch Zuwanderer dargelegt. Wie ist der heutige Stand der Dinge in der Schweiz?

21.7554 Zuberbühler. Weiterhin Gratis-Selbsttests für geimpfte Personen?

Seit dem 7. April sind in allen Schweizer Apotheken Selbsttests erhältlich. Jede Einwohnerin und jeder Einwohner soll pro Monat maximal fünf Selbsttests kostenlos erhalten.

a. Ist der Bundesrat bereit, Gratis-Selbsttests nur noch an "ungeimpfte" Personen abzugeben?

b. Wie hoch wäre das Einsparungspotential?

c. Könnte der Bund mit den frei werdenden Mitteln - in Anbetracht, dass sich viele natürlich immunisierte Menschen nicht testen lassen konnten - sogenannte "Antikörpertests" finanzieren?

21.7558 Roth Franziska. Fehlende Akzeptanz für Nasenabstriche für Kinder und Jugendliche ab 12 Jahren

Mit der Änderung vom 17. Mai 2021 hat das EDI die Entschädigung von Probenentnahmen neu geregelt. Nasenabstriche werden bis 18 Jahre, Speicheltests nur noch bis 12 Jahre vergütet. Die Regelung schafft Probleme. Nasenabstriche stossen bei vielen Jugendlichen und Eltern auf Ablehnung. Bei hyperaktiven oder behinderten Kindern sind Nasenabstriche kaum möglich.

Ist der Bundesrat bereit, die Änderung rückgängig zu machen und alle Probenentnahmen für Kinder und Jugendliche gleichermassen zu entschädigen?

21.7560 Porchet. Welche Auswirkungen hat der Abbruch der Verhandlungen mit der EU auf unsere medizinische Versorgung?

Seit Mai 2021 ist die neue europäische Medizinprodukteverordnung in Kraft. Das Abkommen zwischen der EU und der Schweiz über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA) in diesem Bereich wurde nicht erneuert (siehe Interpellation 19.4553).

- Wie beurteilt der Bundesrat die Auswirkungen des Abbruchs der Verhandlungen zum Rahmenabkommen und der Nichterneuerung des MRA auf die Versorgung mit Medizinprodukten?
- Müssen wir massive Preisanstiege oder Versorgungsengpässe befürchten?
- Welche Massnahmen werden getroffen?

21.7567 Prezioso. Überschüssige Impfdosen den armen Ländern zukommen lassen

Die Schweiz wird bis im Sommer über so viele Covid-19-Impfdosen verfügen, dass die Nachfrage überschritten wird. Um das Risiko der Entwicklung von Varianten, die gegenüber dem Impfstoff resistent sind, zu reduzieren, ist es notwendig, dass die Impfungen weltweit vorangehen, insbesondere in einkommensschwächeren Ländern, in denen die Impfquote sehr tief ist.

Inwiefern wird der Bund die überschüssigen Impfdosen den armen Ländern zukommen lassen oder sie beim Erwerb von Impfdosen, namentlich über Covax, unterstützen?

21.7602 Humbel. Kostenloser PCR-Test für Kinder unter 12 Jahren sowie für Jugendliche

Kinder unter 12 Jahren und Jugendliche über 12-jährige können sich wegen Engpässen noch nicht impfen lassen. Für Reisen ins Ausland oder den Besuch von Grossveranstaltungen müssen folglich mindestens CHF 130.- pro PCR-Test aus der selber bezahlt werden. Viele Familien können sich das nicht leisten.

Ist der Bundesrat bereit, kostenlose PCR-Tests für Kinder und Jugendliche zu übernehmen, so lange sie sich nicht impfen lassen können und ein Covid-Zertifikat für Reisen und Anlässe verlangt wird?

21.7603 Humbel. Echte Pilotprojekte für Geimpfte, Getestete und Genesene ermöglichen

Ab 1. Juni könnten Veranstalter/Kantone Pilotprojekte durchführen für Geimpfte, Getestete und Genesene. Gleichzeitig gelten die allgemeinen Vorschriften wie Maskentragepflicht sowie Sitzplatzpflicht beim Konsum. So machen Pilotprojekte keinen Sinn und es wird mit diesen Auflagen auch keine geben.

- Warum lässt der Bundesrat nicht echte, wissenschaftlich begleitete Pilotprojekte für Personen mit Covid-Zertifikat zu (bsp. mit Testpflicht nach dem Anlass)?
- Wird er noch solche ermöglichen?

21.7605 Herzog Verena. Alkoholfachstellen bremsen Studie aus

Im Tagesanzeiger vom 2. Juni 2021 ist zu entnehmen, dass Alkoholfachstellen eine Studie verschwiegen haben, die aufzeigt, dass nur abstinenzorientierte Therapien bei Alkoholsüchtigen wirksam und wirtschaftlich sind. Fragen:

1. Ist dem Bundesrat diese Studie bekannt?
2. Ist er bereit, die Erkenntnisse dieser Studie in seine Suchtstrategie beim Alkohol sowie auch bei anderen Drogen einzubeziehen, um den Betroffenen zu einem besseren Leben zu verhelfen und grundsätzlich wirtschaftlicher zu werden?

21.7609 Trede. Sprachliche Vielfalt - Romanes in der Schweiz anerkennen

Die Schweiz setzt sich für sprachliche Minderheiten ein. Deshalb arbeitet sie mit breitem Erfahrungsschatz in diesem Bereich und im Austausch mit anderen Staaten darauf hin, dass Angehörige von Minderheiten sich ihrer eigenen Sprache bedienen können und die sprachliche Vielfalt gefördert wird.

Warum weigert sich der Bundesrat bislang, Romanes, die Sprache der Sinti und Roma, in der Schweiz anzuerkennen, obwohl die Sinti den Status als nationale Minderheit haben? Birgt dies ein Reputationsrisiko?

21.7611 Friedli Esther. Wann beschliesst der Bundesrat endlich die Normalisierungsphase?

Die Corona-Fallzahlen, die diesbezüglichen Hospitalisierungen sind seit Wochen tief, die Risikogruppen geimpft. Die einschränkenden Massnahmen lassen sich nicht mehr rechtfertigen. Obwohl akuter Handlungsbedarf besteht, drückt sich der Bundesrat vor einer raschen und klaren Lockerungsstrategie.

Ist der Bundesrat bereit, die Normalisierungsphase noch vor den Sommerferien einzuleiten und klare Signale zu senden, damit z.B. Organisatoren von Veranstaltungen im Herbst Planungssicherheit haben?

21.7619 Dandrès. Impfstoffe und geistiges Eigentum (Frage 2)

Am 8. Juni haben die NGO Public Eye und Amnesty International beim WBF eine von über 20 000 Personen unterzeichnete Petition eingereicht, worin sie fordern, dass sich die Schweiz für einen weltweiten Zugang zu Impfstoffen gegen Covid-19 einsetzt. Bisher wurden 90 Prozent der Impfstoffe in G20-Ländern verabreicht, nur 0,3 Prozent dagegen in den ärmsten Ländern.

Wird der Bundesrat weiterhin auf einen Impf-Nationalismus und auf wirkungslose Initiativen wie Covax setzen, oder wird er neue Modelle fördern, die ehrgeiziger und nachhaltiger sind?

21.7624 Wehrli. Covid-19-Impfung: Nachgefragt - Solidarität mit den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern?

Der Bundesrat hat auf meine erste Frage (21.7472) eine Antwort gegeben, die für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer wenig befriedigend ausgefallen ist. Ich frage den Bundesrat deshalb, ob in den Ländern, die mit ihrer eigenen Impfagenda in Verzug sind, nicht in den Vertretungen der Schweiz ein Impfprogramm eingerichtet werden sollte, um unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern einen guten Schutz zu gewähren?

21.7627 Roduit. Veranstaltungen vor Publikum im Freien ab Ende Juni

Am 26. Mai hat der Bundesrat beschlossen, die maximale Anzahl Personen für Veranstaltungen vor Publikum im Freien auf 300 zu erhöhen, mit Wirkung ab dem 27. Mai. Dies hat am letzten Maiwochenende die Durchführung mehrerer Veranstaltungen ermöglicht.

Ist der Bundesrat damit einverstanden, in ähnlicher Weise vorzusehen, dass Lockerungsmassnahmen für Veranstaltungen mit mehr als 300 Personen am 24. Juni, also am Tag nach dem Beschluss vom 23. Juni, in Kraft treten?

Büro / AB-BA**21.7628 Büchel Roland. Bundesanwalt, a.o. Bundesanwalt: Flops und Skandale ohne Ende. Ist die Vereinigte Bundesversammlung das geeignete Wahlorgan?**

Gemäss einem heutigen Bericht in den Zeitungen der "CH-Media" kommen für die neuesten Leaks aus dem Umfeld der Gerichtskommission nun offenbar nicht mehr nur der gescheiterte a.o. Bundesanwalt, das Kommissionssekretariat oder Mitglieder der Kommission in Frage. Neu sollen "Hacker" oder sogar der russische Geheimdienst involviert sein.

1. Wie viele Fälle werden von der BA aktuell untersucht?
2. Ist die VBV (auch in Anbetracht der Geschehnisse) künftig noch der geeignete Wahlkörper für den BA oder den a.o. BA?

Büro**21.7629 Büchel Roland. Wie teuer kommt der gescheiterte a.o. Bundesanwalt Stefan Keller die Steuerzahler zu stehen?**

Der ehemalige a.o. Bundesanwalt Stefan Keller hat sich auf seiner offiziellen Webseite während Monaten mit einem Bild des Parlamentsgebäudes gebrüstet. Daraus lässt sich schliessen, dass die Gewaltenteilung nicht zu den obersten Prioritäten des mitteilbaren Menschen gehörte.

- Wie viel hat die "Übung Keller" insgesamt gekostet?
- Sind alle Rechnungen bezahlt?
- Musste der Steuerzahler auch Rechnungen für Kellers Medienberatung, Webauftritt, etc. berappen?